

Vorsicht, Mythenbildung!

Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts wird der Streit um Studiengebühren heftiger. Gegner und Befürworter greifen zu fragwürdigen Argumenten. Aufklärung in sieben Punkten

von Detlef Müller-Böling | 10. Februar 2005 - 13:00 Uhr

Mythos 1: Mit der Einführung von Gebühren wird die Zahl der Akademiker zurückgehen, Deutschland braucht aber mehr Akademiker.

Dem ersten Teil dieses Arguments widersprechen alle internationalen Erfahrungen. Australien hat es geschafft, mit Hilfe der Gebühren die Zahl der Studierenden um ein Drittel auszuweiten. Die Engländer wollen ihren Studentenanteil erhöhen und finanzieren dies mit Studiengebühren. Glauben deutsche Politiker tatsächlich, dass noch mehr Akademiker mit der augenblicklichen Geldsumme ausgebildet werden sollten? Wem nutzt das? Den Studenten?

Mythos 2: Bildungsrenditen aus einem Studium sind in Deutschland schon niedriger als in Großbritannien oder den USA und sinken durch Gebühren noch weiter ab.

Tatsächlich sind die Bildungsrenditen in Deutschland niedriger als anderswo, aber warum? Der Grund liegt in den langen Studienzeiten, da in die Renditen auf der Kostenseite die entgangenen Einkommen während des Studiums eingehen. Der Bildungsökonom Dieter Dohmen hat errechnet, dass ein um ein Jahr längeres Studium rund 20000 Euro Einbuße an Lebenszeiteinkommen ausmacht. Wenn Gebühren eine bessere Betreuung ermöglichen und dadurch ein Studierender sein Studium um ein Jahr verkürzt, dann zahlt er 5000 Euro Gebühren, gewinnt aber 20000 Euro; der Nettogewinn von 15000 Euro erhöht die Bildungsrendite spürbar. Studiengebühren können uns also im Gegenteil näher an die internationalen Studienrenditen heranführen.

Mythos 3: Durch Gebühren kommen gigantische Schuldenberge auf die Studierenden zu.

Gehen wir von 500 Euro pro Semester und einem fünfjährigen Bachelor- und Master-Studium aus, dann entsteht eine Darlehensschuld von 5000 Euro, die erst ab einer gewissen Einkommensgrenze zurückzuzahlen wäre. Wahrlich kein Schuldenberg, der Absolventen in Verzweiflung stürzen muss. Höhere Schulden resultierten nur bei einem Einbezug der Lebenshaltungskosten. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hat errechnet, dass bei 650 Euro Darlehen für den Lebensunterhalt pro Monat und acht Semestern Studium die Schulden von 31200 Euro mit monatlichen Zahlungen von 184 Euro über 25 Jahre zu tilgen sind (248 Euro bei 15 Jahren). Das ist aber nur ein Zusatzangebot zum Bafög; es steht jedem Studierenden frei, dieses Angebot zu nutzen oder nicht. Denn eine Abschaffung des

Bafög steht nicht zur Debatte! Eine Bafög-Reform, für die einiges spräche, sollte in der Diskussion tunlichst nicht mit der Gebühreneinführung vermengt werden.

Mythos 4: Sozialverträgliche Studiengebühren sind nur dann möglich, wenn der Staat das Ausfallrisiko für Darlehen übernimmt. Das wird er aber in der aktuellen Haushaltslage kaum tun.

Der zweite Teil der Aussage stimmt wohl. Die staatliche Beteiligung am Ausfallrisiko wird sich in Grenzen halten, erscheint aber im Sinne einer zukunftsorientierten Finanzpolitik nicht völlig ausgeschlossen. Dabei wird jedoch vergessen, dass auch die Hochschulen mit für das Risiko eintreten können. Das Studienbeitragsmodell des CHE sieht beispielsweise vor, dass Hochschulen aus dem Gebührenaufkommen eine Rücklage für die Ausfallsicherung bilden. Durch solche Mechanismen kommen günstige Kreditkonditionen zustande.

Mythos 5: Um zu berechnen, was die Gebühren der einzelnen Hochschule bringen können, muss man nur die Zahl der Studierenden mit der Gebührenhöhe multiplizieren.

Einzelne Rektoren beglücken ihre Fachbereiche mit dieser einfachen Rechnung. Dabei wird vergessen: Ein Teil der Einnahmen geht in Verwaltungskosten, ein anderer Teil wird für soziale Ausgleichsmaßnahmen benötigt. Rechnungen des CHE in Niedersachsen zeigten: Wenn man an der Uni Hannover Geld für die Ausfallsicherung für Darlehen auf die Seite legt, die Verwaltungskosten abzieht und Bafög-Höchstsatz-Empfänger befreit, dann bleiben (bei einer Gebühr von 500 Euro pro Semester) von fast 21 Millionen Euro pro Jahr 16,5 Millionen übrig, das sind aber immerhin rund 13 Prozent der staatlichen Ausgaben für das Studium.

Mythos 6: Gebühren in der Größenordnung von 500 Euro sind ein Tropfen auf den heißen Stein und bringen keine Verbesserung für die Lehre.

Die zuletzt genannte Zahl von 13 Prozent privat finanzierter Studienkosten klingt zunächst bescheiden (bei Fachhochschulen sind es wegen des geringeren Forschungsumfangs schon über 20 Prozent). Wenn man jedoch betrachtet, was damit in der Lehre machbar ist, wird das Potenzial deutlich: Modellrechnungen ergeben, dass zum Beispiel die Universität Bayreuth die Zahl ihrer Tutoren um 160 erhöhen (das heißt verdoppeln) und zusätzlich 100 neue wissenschaftliche Mitarbeiter einstellen kann (bisher 380). Die Unis in Hannover und Erlangen-Nürnberg könnten jeweils 260 wissenschaftliche Mitarbeiter neu einstellen, die FH Osnabrück 64. Das sind keine Peanuts, sondern substantielle Verbesserungen des Studiums, im Übrigen auch unverzichtbare Grundlagen für kleinere Lerngruppen bei Bachelor- und Master-Studiengängen.

Mythos 7: Das, was Studiengebühren bringen, ziehen die Finanzminister demnächst wieder ab. Dadurch bleibt letztlich kein Geld bei den Hochschulen hängen.

Der Staat reduziert in der Tat weltweit die Finanzierung von Hochschulen; allerdings auch bei uns in Deutschland. Das Hochschuloptimierungskonzept in Niedersachsen sieht in den Hochschulhaushalten Kürzungen von 50 Millionen Euro innerhalb von zwei Jahren vor, in anderen Bundesländern passiert Ähnliches. Und das, obwohl es bei uns noch keine allgemeinen Studiengebühren gibt! Kürzungen sind Ausdruck politischer Prioritätensetzungen, auf die wir alle, Eltern wie Studenten, Bildungsminister und Rektoren, Einfluss haben.

Alle Mythen behindern letztlich die Suche nach guten Gebührenkonzepten. Sie sind das Ergebnis eines doppelten Politikversagens: Einerseits haben die Bundesländer, die Gebühren einführen wollen, trotz ausreichenden Vorlaufs keine fertigen Konzepte auf Lager. Die Gebührengegner andererseits reden mit den Abschreckungsszenarien gerade die Senkung der Akademikerquote herbei, die sie angeblich verhindern wollen. Beiden Seiten stände es gut zu Gesicht, jetzt konstruktiv an sozialverträglichen Gebührenmodellen zu arbeiten, wie es sie vielfach in der Welt gibt. Wem es mit dem Anliegen des Hochschulzugangs für alle sozialen Schichten ernst ist und wer gleichzeitig glaubt, dass wir mehr und gut ausgebildete Akademiker brauchen, der sollte jetzt die Akademikerquote mit intelligenten Studiengebührenmodellen anheben.

Der Autor ist Leiter des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE), das von der Bertelsmann-Stiftung und der Hochschulrektorenkonferenz getragen wird

COPYRIGHT: (c) DIE ZEIT 10.02.2005 Nr.7
ADRESSE: http://www.zeit.de/2005/07/C-Geb_9fhrenmythen